

Schnellere Arbeitserlaubnis für Asylbewerber

Der Verband der Familienunternehmen in Bayern fordert eine schnellere Arbeitserlaubnis für Asylbewerber. Es gebe immer mehr offene Stellen bei bayerischen Unternehmen, so Verbandschef Martin Schoeller im Bayerischen Rundfunk.

Stand: 27.08.2015



Dass Zuwanderer rasch in den Arbeitsmarkt integriert würden, sei nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern ganz Deutschlands, sagte der Landesvorsitzende des Verbandes "Die Familienunternehmen", Martin Schöller heute früh im Bayerischen Rundfunk:



„Die Konjunktur brummt immer noch – Betonung liegt auf noch - und der Arbeitskräftemangel besteht. Und das Bedürfnis einer Erleichterung des Übergangs von Asylsuchenden und Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt in Deutschland ist ein eindeutiges Interesse der Wirtschaft.

(...) Wenn wir mit dem Flüchtlingsstrom richtig umgehen, dann ist das eine Chance angesichts der demographischen Entwicklung.“

Martin Schoeller, Landesvorsitzender des Verbands Die Familienunternehmer in Bayern

Schoeller zufolge gibt es zu viele bürokratische Hürden - zum Beispiel müssten Asylsuchende drei Monate warten, bis sie sich für den Arbeitsmarkt qualifizieren dürften. Auch gebe es eine vierjährige Sperrfrist bis Zuwanderer in die Zeitarbeit aufgenommen werden könnten – das sei zu lang. Hier, so Schoeller, "gibt es noch viel zu tun, um Flüchtlinge, die den Staat viel Geld kosten, in die Lage zu versetzen, ihr eigenes Geld zu verdienen."

Und: es müsse noch viel mehr und früher in Sprach- und Integrationskurse investiert werden, um Asylsuchende fit zu machen für den deutschen Arbeitsmarkt.

”

"Wir wünschen uns als Unternehmer eine niedrigere Grenze, bei der man schon mit einer Blue Card als Hochqualifizierter arbeiten kann."

Martin Schoeller



Bundesagentur für Arbeit Mehr Jobchancen für Flüchtlinge

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg will Flüchtlinge noch besser in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren. Dafür hat der Verwaltungsrat der Agentur 50 Millionen Euro freigegeben. [mehr]

Einkommen erwirtschaften.

Seit August 2012 können akademische Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten die sogenannte Blue Card beantragen und mit ihrer Familie nach Deutschland ziehen. Der Antragsteller muss ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen und mindestens 48.800 Euro pro Jahr verdienen. Zudem muss der Antrag dafür im Heimatland gestellt werden, was die Bundesagentur für Arbeit (BA) bei Kriegsflüchtlingen für absurd hält.

Mit all diesen Maßnahmen sei sowohl den Unternehmen als auch den Flüchtlingen geholfen. Und nicht zuletzt der Volkswirtschaft: Denn Asylsuchende, die den Staat erst einmal Geld kosten, könnten so ihr eigenes